

# Wahlprüfstein DIE LINKE

---

**Lebenshilfe Nordrhein-Westfalen e.V.**

**Philipp Peters**

**Abtstraße 21**

**50354 Hürth**

**presse@lebenshilfe-nrw.de**

## Fragen im Interesse der Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen

---

### **1. Warum sollten Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen gerade Sie wählen?**

DIE LINKE ist der Name von unserer Partei. In der Politik bedeutet „links“ sein: Man ist für Menschen da, die keine Macht haben. Oder für Menschen, die benachteiligt sind. Aber auch für Menschen, die nicht so viel Geld haben.

Die Partei DIE LINKE ist für den Frieden. Sie ist die einzige Partei, die wirklich für den Frieden kämpft. DIE LINKE ist auch dafür, dass alle Menschen gerecht behandelt werden. Und dass alle Menschen die gleichen Rechte haben. DIE LINKE will, dass alle mitbestimmen können.

DIE LINKE fordert, gute Arbeit und guten Lohn: Bessere Bedingungen für die Arbeit und Mindest-Lohn. Niemand darf weniger verdienen, als er zu Leben braucht.

DIE LINKE sagt: der Mindest-Lohn soll im Gesetz stehen. Dann hat jeder ein Recht darauf. Auch sollte es eine Mindest-Rente geben, von der man leben kann. Rente ist Hilfe vom Staat für ältere Menschen, die jeder bekommen kann.

Jeder Mensch hat das Recht auf echte Teilhabe.

So steht es auch in der UN-Behindertenrechts-Konvention. Diese Konvention ist ein Vertrag. Dieser Vertrag gilt für viele Länder. Der Vertrag sagt: Alle Menschen mit und ohne Behinderungen haben die gleichen Rechte. DIE LINKE will, dass dieser Vertrag eingehalten und umgesetzt wird. Das ist für alle Menschen gut.

Alle Menschen sollen die gleichen Chancen haben: Bei Bildung und Arbeit.

Das steht in unserem Grund-Gesetz. Im Grund-Gesetz steht auch, dass jeder Mensch das Recht hat, sich frei zu entfalten.

Das bedeutet: Jeder Mensch soll sich so entwickeln können, wie er das möchte.

Dafür muss er aber die Möglichkeit bekommen.

Wir wollen echte Teilhabe in der Gesellschaft und in der Politik.

Es gibt bereits viele Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderung.

Unterstützungsangebote sind zum Beispiel Förder-Schulen oder Wohnheime. Aber diese Unterstützungsangebote grenzen Menschen mit Behinderung aus.

Deshalb wollen wir mehr Unterstützungsangebote, die Menschen mit Behinderung ein Leben mitten in der Gesellschaft ermöglichen.

Damit sie mit Menschen ohne Behinderungen gemeinsam in einer Schule lernen, gemeinsam mit anderen in einem Betrieb arbeiten oder mitten in der Stadt wohnen und leben können.

Sie sollen selber entscheiden, was sie machen möchten und wo sie etwas machen möchten.

Dafür muss jeder so viel Unterstützung bekommen, wie er braucht.

Aber: Für echte Teilhabe müssen die Gesellschaft und die Regierungen genügend Geld bereit stellen. Und einen guten Plan haben.

---

### **2. Was wollen Sie für Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung in der kommenden Legislaturperiode tun?**

DIE LINKE will, dass alle Menschen mit Behinderungen teil-haben können. Teil-haben heißt: Dabei sein, mitmachen, selber machen. Das steht auch in der UN-Behindertenrechts-Konvention. Diese Konvention ist ein Vertrag. Dieser gilt für viele Länder. DIE LINKE fordert schon seit Jahren die vollständige Umsetzung dieses Vertrages.

Dazu gehört: Teilhabe sichern.

Alle Menschen sollen die gleichen Möglichkeiten bekommen. Oft werden Menschen mit Behinderung benachteiligt wegen ihrer körperlichen, seelischen oder geistigen Behinderung.

Dafür muss es einen Ausgleich geben. Menschen mit Behinderung müssen Geld bekommen, damit sie überall mitmachen können.

Sie sollen nicht in Armut leben. Oder ausgegrenzt werden, weil sie kein Geld für Unterstützungsangebote haben.

Das Geld für die Unterstützung müssen sie bekommen. Das ist ein Menschen-Recht.

Deshalb fordern wir ein gutes Bundes-Teilhabe-Gesetz.

Das beschlossene Gesetz ist leider nicht gut. Weil damit von Beginn an Kosten eingespart werden sollen.

Bundes-Länder und Kommunen erhalten mit dem Gesetz Möglichkeiten, Geld für Unterstützung von Menschen mit Behinderungen einzusparen.

An Menschen-Rechten darf aber nicht gespart werden.

In dem Gesetz muss auch stehen, dass jeder die Unterstützung und Pflege bekommt, die er braucht.

Man sagt dazu auch Assistenz-Leistungen und Pflege-Leistungen. Diese Leistungen müssen unabhängig von Geldbeutel und vom Konto-Stand der Menschen mit Behinderungen gewährt werden.

Jede und Jeder muss selbstbestimmen dürfen. Zum Beispiel wo und wie sie oder er wohnt. Oder was sie oder er lernt.

Alles soll für Menschen mit Behinderungen zugänglich sein. Das bedeutet: Alle Hindernisse müssen weg.

Hindernisse nennt man auch Barrieren. Wir wollen keine Barrieren.

Jeder 10. Mensch in Deutschland hat eine Behinderung. Viele Barrieren behindern Menschen im Alltag. Die Barrieren sind zum Beispiel

Treppen in Häusern, schwere Zugänge zu Verkehrs-Mitteln, Technik, die nicht für gehörlose oder blinde Menschen nutzbar ist oder Informationen, die nur schwer zu verstehen sind.

Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung unabhängig sind. Deshalb müssen wir Barrieren abschaffen.

Zum Beispiel in Ämtern und Behörden oder bei Recht und Gesetz.

Aber auch in den Köpfen der Menschen.

DIE LINKE fordert:

- Alle Bereiche sollen barrierefrei sein. Besonders Häuser, Verkehr und Informationen. Das nutzt allen Menschen.
- Alle sollen das Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz und die UN-Behindertenrechts-Konvention einhalten.
- Informationen für gehörlose Menschen in Gebärdensprache
- Informationen für blinde Menschen in Braille-Schrift
- Leichte Sprache für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen

Es soll mehr Produkte und Dienstleistungen geben, die alle Menschen nutzen und bedienen können.

Ämter und Behörden sollen auf Barrierefreiheit achten. Zum Beispiel beim Bauen oder bei Informationen.

Besonders dann, wenn sie selbst Aufträge erteilen.

Niemand darf Menschen mit Behinderungen Gewalt antun, sie missbrauchen oder sie ausnutzen.

Wir LINKE glauben:

Viele Menschen mit Betreuung brauchen gar keinen Betreuer.

Menschen mit Behinderung können ihr Leben selbstbestimmt leben, wenn sie

- gute und freie Beratung und
- persönliche Unterstützung (Assistenz) bekommen.

Natürlich wird es auch immer Menschen geben, die Betreuung brauchen. Betreuerinnen und Betreuer sollen dann mehr Zeit für den Menschen mit Behinderung haben.

Und sie sollen gerecht bezahlt werden. Nur dann kann Betreuung gut sein.

Der Mensch mit Behinderung soll immer selbst bestimmen. Das steht auch in Artikel 12 der UN-Konvention.

Wir sind gegen ärztliche Zwangs-Maßnahmen, die eine Betreuerin oder ein Betreuer will.

Wenn eine Entscheidung getroffen werden muss, soll immer ein Amt oder Gericht entscheiden.

Die LINKE fordert auch:

Alle sollen wählen können.

Niemand darf von seinem Wahlrecht ausgeschlossen werden, zum Beispiel weil er eine Behinderung hat.

Dies gilt zum Glück in NRW. Aber in anderen Bundes-Ländern nicht. Auch bei Bundestags-Wahlen nicht. Und bei Europa-Wahlen auch nicht.

Das muss sich ändern. Dafür setzt sich DIE LINKE ein.

---

### **3. Wie werden Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen in Ihre Entscheidungen einbezogen?**

Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung überall mitmachen können. In allen Lebens-Bereichen wie Wohnen, Arbeit oder

Freizeit. Und in der Politik.

Dafür müssen sie Informationen bekommen, die sie gut verstehen. Das nennen wir barrierefreie Information.

Denn nur ohne Barrieren können Menschen mit Behinderung wirklich mitentscheiden.

Deshalb fragen wir Menschen mit Behinderung, was sie für ein gutes Leben brauchen.

So können wir bessere Politik für Menschen mit Behinderung machen.

Wir müssen zusammen mit allen Menschen arbeiten.

Wir müssen Menschen mit verschiedenen Behinderungen befragen, wenn wir über Barrieren sprechen. Zum Beispiel Frauen und Männer mit einer geistigen Behinderung oder

Junge und alte Menschen mit körperlichen Behinderungen.

Das bringt Vielfalt. Diese Vielfalt ist gut für die Politik. Jede Meinung ist uns wichtig. Deshalb gehen wir mit allen Menschen respektvoll um.

Wir achten die Würde jedes Menschen. Wir sind gegen Vorurteile gegenüber anderen Menschen. Wir wollen, dass wirklich alle mitbestimmen können.

Dafür setzen wir uns ein.

DIE LINKE bemüht sich, ihre Veranstaltungen und Informationen wie beispielsweise Broschüren, Internetseiten und Wahl-Programme barrierefrei anzubieten. Das heißt, dass sie für jede und jeder zugänglich ist. Also von allen Menschen genutzt werden kann. Hier gibt es schon viele Erfolge. Aber es ist auch noch genügend zu tun.

Auch das Programm für die Wahl in diesem Jahr wird in Leichter Sprache vorliegen.

Ebenso hat die Fraktion DIE LINKE im Bundestag ein Heft in Leichter Sprache.

[https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user\\_upload/Enthinderung\\_mit\\_LINKS\\_LeichteSprache\\_\\_2016.pdf](https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/Enthinderung_mit_LINKS_LeichteSprache__2016.pdf)

Alle Abgeordnete (Politiker/-innen) einer Partei heißen Fraktion. Die Fraktion DIE LINKE ist die Gruppe von der Partei DIE LINKE im Bundestag. Dieser ist eine große Versammlung. Und sagt der Regierung was die Menschen wollen.

DIE LINKE arbeitet sehr eng mit Menschen mit Behinderungen und ihren Verbänden zusammen. Verbände sind mehrere Gruppen die sich zusammen tun. DIE LINKE nimmt die Vorschläge und Forderungen dieser Verbände sehr ernst. Wenn DIE LINKE eigene Forderungen für Menschen mit Behinderungen erarbeitet, dann spricht die Partei dies mit den Behinderten-Verbänden ab.

Für DIE LINKE ist Politik für Menschen mit Behinderungen sehr wichtig. Daher wird sie in allen Bereichen berücksichtigt. Zum Beispiel in der Bau-Politik, Wohn-Politik, Verkehrs-Politik, Sozial-Politik oder Gesundheits-Politik und Pflege-Politik. Das nennt man Querschnitts-Thema.

---

#### **4. Wie werden Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen in Ihre Partei integriert?**

In der Partei DIE LINKE gibt es viele Menschen mit Behinderungen. Diese haben sich zu einer Bundes-Arbeits-Gemeinschaft „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“ zusammengeschlossen.

Da arbeiten viele Menschen mit Behinderung aus dem ganzen Land zusammen.

Auch gibt es in den Ländern entsprechende Landes-Arbeits-Gemeinschaften.

Darin arbeiten auch Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen.

Der Ansprech-Partner für die Bundes-Arbeits-Gemeinschaft heißt Rolf Kohn:

Rolf Kohn

Partei DIE LINKE

BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Bundesgeschäftsstelle

Kleine Alexanderstraße 28

10178 Berlin

Tel.: 030 / 24009-440

E-Mail: [rolf.kohn@die-linke.de](mailto:rolf.kohn@die-linke.de)

[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

---

#### **5. Wie stellt sich Ihre Partei die praktische Umsetzung des Anspruchs auf unabhängige Teilhabeberatung vor?**

Menschen mit Behinderung müssen gut beraten werden,

welche Unterstützungs-Leistungen es gibt.

Die Beratung sollte von Menschen mit Behinderung selbst gemacht werden.

Das Bundes-Teilhabe-Gesetz (BTHG) wurde beschlossen. Damit wird die wichtige unabhängige Teilhabe-Beratung zwar eingeführt. Aber:

Leider läuft die finanzielle Förderung nur bis 2022.

Leider gibt es keinen rechtlichen Anspruch auf diese wichtige Beratung.

Leider gibt es auch keinen Anspruch auf eine barrierefreie Beratung.

DIE LINKE findet die unabhängige Teilhabe-Beratung sehr wichtig. Aber DIE LINKE findet die Umsetzung schlecht.

DIE LINKE fordert sofort Änderungen:

Es muss immer genug Geld für diese unabhängige Beratung da sein.

Es muss einen Rechts-Anspruch für eine barrierefreie und unabhängige Teilhabe-Beratung geben.

Das bedeutet:

Auch für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen muss die Beratung in Leichter Sprache gemacht werden.

Und Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen müssen andere Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen selbst beraten können.

Alle Informationen für die Beratung müssen in Leichter Sprache vorliegen.

Das muss alles immer bezahlt werden. Auch die BeraterInnen mit kognitiven Beeinträchtigungen müssen dafür Geld bekommen.

---

**6. Wie können Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung hier künftig beteiligt werden (Peer Counseling / Leichte Sprache)?**

siehe Frage 5

---

**7. Was wollen Sie gegen den Mangel an Sozialwohnungen (auch für Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung) unternehmen?**

Sozialwohnungen sind nicht so teuer, weil der Staat den Eigentümern mit Geld hilft. Nach 10 oder 20 Jahren dürfen diese Wohnungen aber teurer werden. Das ist ein Problem, für die Menschen, die in solch einer Wohnung wohnen. Die müssen immer mehr zahlen.

Deshalb wollen wir jedes Jahr 100.000 neue Sozialwohnungen bauen. Die Sozialwohnungen sollen für alle bezahlbar sein, und das für immer. Solche Wohnungen dürfen niemals teurer werden. Die Sozialwohnungen müssen auch barrierefrei und für alte Menschen sein.

Wer solche Wohnungen baut, soll mehr Geld vom Staat bekommen. Und Wohnungen, die dem Staat gehören, dürfen nicht mehr verkauft werden.

---

**8. Wie wollen Sie bei Vermietern das Bewusstsein dafür schaffen, Menschen mit Behinderung als gleichberechtigte Vertragspartner anzuerkennen?**

Es gibt ein Gesetz in den steht, dass Menschen mit Behinderung keine Nachteile haben dürfen. Dieses Gesetz muss eingehalten werden. Vermieter, die das nicht tun, sollen dafür Strafe zahlen.

Und Vermieter müssen auch belohnt werden und sollen Geld bekommen, wenn sie Menschen mit Behinderung eine Wohnung geben.

---

**9. Wie verhindern Sie künftig, dass Vermieter durch baurechtliche Vorgaben abgeschreckt werden, an Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen zu vermieten?**

Menschen mit Behinderung brauchen besondere Wohnungen. Das ist etwas teurer solche Wohnungen zu bauen. Deshalb müssen die Vermieter Geld vom Staat bekommen, wenn sie Behinderten eine Wohnung bauen.

---

**10. Wie wird die neue Landesbauordnung durch Ihre Politik zu mehr barrierefreiem Wohnraum führen?**

Die Landesbauordnung schreibt vor, wie Häuser gebaut werden müssen. Alle Wohnungen und alle Häuser in die viele Leute gehen, müssen barrierefrei erreichbar sein. Dieses Gesetz wollen wir ohne Ausnahmen umsetzen. Neu gebaute Wohnungen müssen barrierefrei sein. Wenn Wohnungen modernisiert werden, müssen sie auch barrierefrei umgebaut werden. Dafür wollen wir den Eigentümern der Wohnungen Geld geben.

---

**11. Wie wollen Sie die mangelnde Barrierefreiheit in den Städten in NRW schneller beseitigen?**

Auf Straßen und in Gebäuden, auf Bahnhöfen und Haltestellen, in Bussen und in Bahnen stoßen Menschen mit Behinderung auf viele Hindernisse. Wir wollen die Städte dabei unterstützen, diese Hindernisse zu beseitigen. Mit Wissen und mit Geld. Neu gebaute Straßen, Bahnhöfe oder Gebäude müssen barrierefrei sein. Unser Ziel sind barrierefreie Städte. Das hilft allen Menschen.

---

### **12. Welche Maßnahmen halten Sie für erforderlich für bessere Inklusion im vorschulischen Bereich?**

Wenn Kinder mit Behinderung schon im Kindergarten mit anderen Kindern gemeinsam spielen und lernen können, ist es für sie in der Schule und auch bei einem Studium sehr viel leichter. Aber nicht in allen Kindergärten gibt es dafür die gleichen Vorschriften. DIE LINKE will das ändern und in allen Kindergärten die gleichen Regeln schaffen. Dazu müssen alle Kindergärten barrierefrei sein und sich für die Gesundheit aller Kinder einsetzen. Da muss es dann auch andere Möbel oder große Türen geben. Und die Erzieher müssen wissen, wie sie Menschen mit Behinderung helfen können und dass sie die so behandeln, wie alle anderen Kinder. Aber es muss auch besondere Erzieher geben, die sich besonders um Kinder mit Behinderungen kümmern. Dafür müssen die Städte und Dörfer mehr Geld vom Staat bekommen.

---

### **13. Wie sehen Ihre Pläne zum gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung aus?**

Alle Schulen müssen so sein, dass alle Kinder gleichberechtigten Zugang haben und alle Kinder gemeinsam lernen können. Es gibt aber sehr unterschiedliche Schulen. DIE LINKE will Gemeinschaftsschulen in der alle Kinder das gleiche lernen und gemeinsam lernen. Dafür muss es ein Gesetz geben, in dem steht, dass solche Schulen barrierefrei sind und es dort besondere Technik und mehr Lehrer geben muss. Diese Lehrer müssen auch eine besondere Ausbildung haben. Und wir wollen auch, dass solche Schulen den ganzen Tag auf haben und die Kinder dann nach dem Unterricht auch gemeinsam die Hausaufgaben machen oder gemeinsam spielen können.

---

### **14. Es gibt an inklusiven Regelschulen Tendenzen, Kinder mit Behinderung in Klassen zu bündeln. Halten Sie diese Klassen noch für inklusiv?**

Nein. Wir wollen, dass ALLE Kinder grundsätzlich gemeinsam lernen können und nicht aufgeteilt werden – auch nicht innerhalb einer Schule.

---

### **15. Werden Sie sich für ein Schulfach Gebärdensprache an nordrhein-westfälischen Schulen einsetzen?**

Schüler müssen schon sehr viel lernen und haben einen sehr langen Arbeitstag. Wir wollen deshalb kein weiteres Schulfach für „Gebärdensprache“ einführen. Es ist aber durchaus denkbar, ein solches Fach als Arbeitsgemeinschaft an Schulen anzubieten, an der Schüler dann freiwillig teilnehmen können.

---

### **16. Was wollen Sie tun, damit Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen bessere Chancen auf dem Ersten Arbeitsmarkt erhalten?**

Es gibt einige Verbesserung durch das Bundes-Teilhabe-Gesetz. Diese reichen aber nicht aus.

Damit jeder Mensch einen guten Arbeitsplatz findet, muss er alle Hilfen und Unterstützungsangebote bekommen, die er braucht. Dafür muss genügend Geld da sein. Bund und Länder müssen dieses Geld bereitstellen.

Auch Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen müssen dabei unterstützt werden, dass sie Arbeitsplätze auch auf dem Ersten Arbeitsmarkt bekommen. Das kann zum Beispiel ein Arbeitsplatz mit persönlicher Unterstützung (Assistenz) sein.

Bei Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen kann das Budget für Arbeit helfen.

Leider können die Länder die Mittel dafür unterschiedlich bestimmen.

DIE LINKE fordert: Förderungen für Menschen mit Beeinträchtigungen müssen den Bedarf der Menschen abdecken.

Im Mittelpunkt muss der Mensch stehen. Nicht Kosten-Einsparungen von Bund und Ländern.

DIE LINKE fordert:

- Mehr Unterstützung für Menschen mit Behinderung bei der Suche nach einer Berufsausbildung oder einem Arbeitsplatz
- Mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung
- Unterstützung für Betriebe, die Menschen mit Behinderung einstellen
- Mehr Unterstützung für Beschäftigte einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung (WfbM), wenn sie nach einem Arbeitsplatz in anderen Betrieben suchen
- gerechte Löhne für Menschen mit Behinderung. Auch in der Werkstatt.
- Mehr und wirksamere Rechte und Möglichkeiten zur Mitbestimmung für Werkstattträte und Frauen-Beauftragte. Und genug Geld

für die Arbeit dieser Menschen. Der Werkstatt-Rat setzt sich für die Interessen von Beschäftigten in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung ein. Und die Frauen-Beauftragte für die Frauen in der Werkstatt.

Jeder sollte jederzeit auch wieder in die Werkstatt zurückgehen können, wenn sie oder er das möchte.

Wer die Werkstatt verlässt und auf dem Ersten Arbeitsmarkt arbeitet, soll seine Renten-Ansprüche deshalb nicht verlieren.

DIE LINKE fordert für Werkstatt-Beschäftigte:

Beschäftigte in der Werkstatt sollen richtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein.

Sie sollen gerechten Lohn bekommen. Dafür sollen sie einen Nachteils-Ausgleich bekommen.

Manche Menschen mit Behinderung arbeiten auch auf Außen-Arbeitsplätzen in normalen Firmen.

Dort sollen sie gleichen Lohn bekommen, wie ihre Kolleginnen und Kollegen.

---

**17. Was werden Sie tun, dass alle pflegebedürftigen Menschen mit Behinderung endlich die vollen Leistungen der Pflegeversicherung so zugutekommen, wie allen anderen Versicherten auch?**

Wenn Menschen mit Behinderung Pflege brauchen, ist das teurer als bei anderen Menschen. Deshalb muss auch die Pflegeversicherung dafür Geld zur Verfügung stellen. Wir wollen, dass der Bundestag dafür ein Gesetz macht.

---

**18. Wer soll nach dem Bundesteilhabegesetz künftig in NRW für die Eingliederungshilfe (Fachleistungen) und Sozialhilfe (Existenzsicherung) zuständig sein? Die örtlichen oder überörtlichen Sozialhilfeträger?**

Im beschlossenen Bundes-Teilhabe-Gesetz (BTHG) steht, dass die Bundes-Länder die Stellen (Träger) bestimmen sollen, die für die Eingliederungshilfe zuständig sind.

Laut unseren Informationen wird erst nach der Land-Tags-Wahl in NRW geklärt, wer für die Eingliederungshilfe zuständig ist.

Die Landschaftsverbände und die kommunalen Spitzenverbände aus NRW haben die Ministerpräsidentin deswegen angeschrieben, aber da im Mai schon Wahl ist, wird das Parlament vorher nichts beschließen.

Die Gefahr besteht, dass zukünftig von Bundes-Land zu Bundes-Land unterschiedliche Behörden/Ämter für die Eingliederungshilfe (Fachleistungen) zuständig sind.

DIE LINKE fordert, dass bundesweit einheitliche Entscheidungsstellen für die Fach-Leistungen zuständig sein müssen.

Wir wollen, dass die Fach-Leistungen Teilhabe-Leistungen heißen und nicht Eingliederungshilfe, das ist veraltet.

Diese Entscheidungsstellen sollen bundesweit einheitlich zuständig sein für:

Die Antragsannahme, die Anspruchsprüfung und Anspruchsfeststellung, die Bedarfsermittlung sowie die Leistungsbewilligung.

Diese Entscheidungsstellen sollten auch die Leistungsverpflichtung der Reha-Träger sichern. Dieses Verfahren muss unter aktiver Beteiligung der Menschen mit Behinderungen ohne Hindernisse und Benachteiligungen ausgestaltet werden.

---

**19. Die Ermittlung des individuellen Bedarfes der Leistungsberechtigten erfolgt künftig durch ein Instrument, das sich an der ICF orientiert. Wird das Gesamtplanverfahren den individuellen Hilfebedarf der Betroffenen besser abbilden?**

DIE LINKE hat auch immer eine ICF-Orientierung bei der Bedarfsermittlung gefordert.

Ansprüche und Bedarf müssen nach bundesweit einheitlichen Kriterien festgestellt werden. Dies alles auf Grundlage der ICF.

Leider wird mit dem Bundes-Teilhabe-Gesetz keine Einheitlichkeit geschaffen. Die Bundes-Länder erhalten die Möglichkeit, selbst die Träger für die Eingliederungshilfe zu bestimmen.

Auch können die Länder die genaue Ausgestaltung der Bedarfsermittlung festlegen.

Dies wird von Bundes-Land zu Bundes-Land zu sehr unterschiedlichen Bedingungen und Verfahren führen.

DIE LINKE findet dies nicht gut.

Es sollte für Menschen mit Behinderungen nur eine Anlaufstelle geben.

An diese Stelle könnten sich dann alle mit ihren Anfragen und Anträgen wenden.

Auch die Bedingungen für die Bedarfs-Ermittlung sollten in der ganzen Bundesrepublik Deutschland gleich sein.